

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

„Neue Normalität“ – dieses Schlagwort soll nun als Orientierung in der Covid-19-Pandemie dienen. Obwohl die Corona-Krise mit ihren vielschichtigen Veränderungen die meisten Menschen mit materiellen, sozialen und psychischen Unsicherheiten, mit Mehrarbeit und Zusatzbelastungen konfrontiert, wird in den hegemonialen politischen Diskursen dazu aufgerufen, sich an all dies als ‚neue Normalität‘ zu gewöhnen. Konsequenterweise soll an vielerlei Orten – in der Lohnarbeit, den Familien, Schulen und Kitas – ‚weiter so‘ gemacht werden, obwohl sich die Arbeits- und Lebensbedingungen massiv verändert haben. Dieser Appell lässt sich nicht nur als Versuch lesen, auch in einer Ausnahmesituation an der Vorstellung des autonomen Subjekts festzuhalten. Vielmehr schreibt die ‚neue Normalität‘ die ‚alte‘ von sozioökonomischer, politischer sowie rechtlicher Ungleichheit, (häuslicher) Gewalt, Privatisierung von Care-Arbeit, Verleugnung von Abhängigkeiten und Verletzbarkeiten fort und intensiviert sie zugleich. Der Aufruf zur ‚neuen Normalität‘ weist einmal mehr darauf hin, dass in Krisen gesellschaftliche Ungleichheiten zur Ressource für deren Bearbeitung werden. Erschöpfungszustände, Konflikte und das Gefühl, dauernd überfordert zu sein, nehmen zu. Dies zeigt den hohen Preis dafür, dass gesellschaftliche Widersprüche im Alltag von den Menschen individuell gelöst werden sollen. Aus feministisch-intersektionaler Perspektive gilt es also, auch die ‚neue Normalität‘ zurückzuweisen und für solidarische Umgänge mit der Covid-19-Pandemie einzutreten.

Als biopolitische Krise wird in der Covid-19-Pandemie nicht nur verhandelt, wer überhaupt als schützenswerter Teil einer Gesellschaft gilt. Wie jede Krise hat auch die aktuelle ganz direkte Auswirkungen auf reproduktive Gesundheit und Rechte. Zugänge zu Abtreibungen werden ebenso erschwert wie selbstbestimmte Geburten. Dass reproduktive Rechte bereits vor der Corona-Krise eingeschränkt und über Machttechniken organisiert waren, zeigt der vorliegende Schwerpunkt zum Thema „Politiken der Generativität und Reproduktive Rechte“. Die Beiträge machen sichtbar, dass Reproduktion aus feministischer Perspektive weiterhin ein zentrales Terrain für Kämpfe bleibt. Denn Reproduktionspolitiken werden – nicht nur von explizit rechten Akteur*innen – auch aktuell und in oftmals subtiler Weise für die Konstruktion einer ‚Bevölkerung‘ genutzt, und naturalisierte Geschlechterkonstruktionen dienen hier zur Legitimation. Insbesondere die Gleichsetzung von Frauen* und Mutterschaft führt darüber hinaus immer noch dazu, dass Selbstbestimmung von Frauen* bezüglich Schwangerschaftsabbruch, Verhütung ebenso wie während der Geburt in vielerlei Hinsicht beschränkt wird.

Im Forum widmet sich ein Beitrag der Analyse der Ausrufung von „LGBT-freien Zonen“ in Polen und deren strategischer Bedeutung für die Etablierung eines autoritären Staates. Der zweite Beitrag greift ein altes und dennoch aktuelles Thema feministischer Theorie auf: die Frage nach einem feministischen Subjektbegriff, welche hier im Kontext zeitgenössischer feministischer Bewegungen mit Blick auf gegenseitige Abhängigkeit als Bedingung für Handlungsfähigkeit beantwortet wird. Die Rubrik Tagespolitik steht diesmal ganz im Zeichen der Covid-19-Pandemie. Unter dem Titel „Politiken der Sorge und der Verletzbarkeit“ hatte die Redaktion in einem offenen Call zur Einreichung von Beiträgen zu diesem Thema eingeladen. Die verschiedenen Artikel zeigen, wie viel breiter und vielfältiger intersektionale Betrachtungen der Corona-Krise sind als jene andro- und eurozentrischen Stimmen, die im wissenschaftlichen und medialen Mainstream vorherrschen. So geraten Themen wie Tod, Im/Mobilitäten, psychische Verwundbarkeit, Gewalt und antidemokratische Effekte ebenso ins Licht der Aufmerksamkeit wie die Heterogenität von Lebensweisen sichtbar gemacht wird, indem die Erfahrungen von Bäuer*innen, Sexarbeiter*innen, geflüchteten Frauen* in Lagern, Gefängnisinsass*innen und 24-Stunden-Betreuer*innen betrachtet werden.

Die Rubrik Neues aus Lehre und Forschung bietet u.a. einen Überblick über Internet-Ressourcen zu feministischen Perspektiven auf die Corona-Krise. Zudem wird eine digitale Ausstellung zu „Covid-19 – ein Mosaik. Politiken des Lebens in Zeiten der ‚Corona-Krise‘“ an der Universität Bremen vorgestellt und die Potentiale der neuen Gleichstellungstiftung in Deutschland ausgelotet, deren Einrichtung im Juli 2020 beschlossen wurde.

Ausgewählte aktuelle Publikationen werden in der Rubrik Rezensionen besprochen. Ein breiterer Überblick über Veröffentlichungen ist in der Rubrik Ankündigungen und Infos zu finden. Am Ende des Heftes steht der Call für die übernächste Ausgabe der Femina Politica zu „Schwarze Feminismen“.

Eine anregende Lektüre wünscht Eure/Ihre Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

1/2021 Feministisch Wissen schaffen

2/2021 Schwarze Feminismen